

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Erstes Kapitel: Einleitung	1
A. Darstellung des Themas	1
B. Problem: Restriktive Sichtweise des BVerfG in Bezug auf die Beteiligung der Legislative im Rahmen völkerrechtlicher Verträge	5
C. Aufgabe: Beantwortung der Frage nach der Existenz von Beteiligungsrechten der Legislative im Bereich von Vorbehalt und Kündigung gemäß Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	8
D. Gang der Untersuchung	11
Zweites Kapitel: Globalisierung und Demokratie	15
A. Globalisierung und ihre Folgen	15
B. Allgemeine Lösungsansätze	23
C. Lösungsansätze speziell im deutschen Rechtssystem	28
D. Treaty Override als Kompensationsmittel des Machtverlusts der Legislative im Bereich völkerrechtlicher Verträge?	30
Drittes Kapitel: Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Grundlagen	41
A. Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags	41
B. Vorbehalt und Kündigung als einseitige Maßnahmen bei völkerrechtlichen Verträgen	58
Viertes Kapitel: Methode der Verfassungsauslegung	77
A. Die juristische Auslegungsmethode	77
B. Entscheidung und weiteres Verfahren	89
Fünftes Kapitel: Wortlaut des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	91
A. Grundsätze der Auslegung nach dem Wortlaut	91
B. Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	92

Sechstes Kapitel: Geschichte des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	97
A. Grundsätze der historischen Auslegung	97
B. Historische Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	97
Siebtens Kapitel: Systematik des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	129
A. Vorgehensweise	129
B. Grundsätze und rechtstheoretischer Hintergrund der systematischen Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	129
C. Rolle der Legislative nach dem GG im Innenverhältnis	137
D. Rolle der Legislative im Bereich auswärtiger Gewalt – Möglichkeit einer erweiternden Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	185
E. Fallkonstellationen: Beteiligung der Legislative bei Vorbehalt und Kündigung	271
Achstes Kapitel: Teleologie des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	313
A. Grundsätze der teleologischen Auslegung	313
B. Bisher festgestellter historischer Zweck des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	313
C. Weitergehender Zweck des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG wegen der verstärkten Öffnung des deutschen Staates nach außen?	315
Neuntes Kapitel: Zusammenfassung	329
A. Aufbau der Arbeit	329
B. Erstes Kapitel: Einleitung	330
C. Zweites Kapitel: Globalisierung und Demokratie	330
D. Drittes Kapitel: Grundlegende Fakten zu völkerrechtlichen Verträgen	331
E. Viertes Kapitel: Methode der Verfassungsauslegung	332
F. Fünftes Kapitel: Wortlaut des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	332
G. Sechstes Kapitel: Geschichte des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	333
H. Siebtes Kapitel: Systematik des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	334
I. Achtes Kapitel: Teleologie des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	342
Literaturverzeichnis	345
Sachregister	363

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Erstes Kapitel: Einleitung	1
A. Darstellung des Themas	1
B. Problem: Restriktive Sichtweise des BVerfG in Bezug auf die Beteiligung der Legislative im Rahmen völkerrechtlicher Verträge	5
C. Aufgabe: Beantwortung der Frage nach der Existenz von Beteiligungsrechten der Legislative im Bereich von Vorbehalt und Kündigung gemäß Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	8
D. Gang der Untersuchung	11
Zweites Kapitel: Globalisierung und Demokratie	15
A. Globalisierung und ihre Folgen	15
I. Das Symptom der Globalisierung	15
II. Folgen	16
1. Außen- bzw. zwischenstaatlicher Bereich	16
2. Innerstaatlicher Bereich	18
a) Allgemeiner Einfluss	18
aa) Möglichkeiten der Rechtssetzung durch internationale Organisationen ohne direkte Einbeziehung des jeweiligen nationalen Vertreters	19
bb) Effekt auf die Legislative und das Demokratieprinzip	20
b) Einfluss in Bezug auf die BRD	21
B. Allgemeine Lösungsansätze	23
I. Abhängigkeit von der Art des Demokratieverständnisses	23
II. Lösungsansätze auf Ebene des Völkerrechts	24
1. Weltföderation	24
2. Legitimation aufgrund des „Output“	24

III. Lösungsansätze auf Ebene des nationalen Rechts	25
1. Bewahrung des souveränen Staates	25
2. Orientierung am kooperationsoffenen Nationalstaat	26
IV. Schlussfolgerung	27
C. Lösungsansätze speziell im deutschen Rechtssystem	28
D. Treaty Override als Kompensationsmittel des Machtverlusts der Legislative im Bereich völkerrechtlicher Verträge?	30
I. Grundlagen zum Treaty Override	30
II. Diskussion um die Verfassungswidrigkeit des Treaty Override in der BRD	31
1. Argumentationsansätze in der Literatur	31
a) Verstoß gegen pacta sunt servanda	31
b) Verstoß gegen den Grundsatz der Völkerrechts- freundlichkeit des GG	32
c) Grundrechtsverletzung durch den Treaty Override	34
2. Inhalt der Entscheidung des BVerfG	35
a) Ansicht der das Urteil tragenden Mehrheit	35
b) Abweichende Ansicht der Richterin König	37
III. Beteiligung der Legislative bei Vorbehalt und Kündigung als Alternative zum Treaty Override?	38
 Drittes Kapitel: Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Grundlagen	41
A. Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags	41
I. Verfahren nach dem GG und der WVK	41
1. Außenstaatlicher Bereich	41
a) Vertretung im Außenverhältnis	42
b) Sonstiges Verfahren	43
2. Innerstaatlicher Bereich	44
a) Nach Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG zustimmungsbedürftige völkerrechtliche Verträge	45
aa) „Verträge, die sich auf Gegenstände der Bundes- gesetzgebung beziehen“	45
bb) „Verträge, die die politischen Beziehungen des Bundes regeln“	45
cc) Parallele Anwendung Art. 59 Abs. 2 S. 1 Var. 1 und Var. 2 GG	47
b) Art der Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat	47
c) Zustimmungs- und Umsetzungsgesetz	49

d) Vertikale Kompetenzverteilung	50
II. Rechtsfolgen	53
1. Bindung im Außenverhältnis	53
2. Bindung im Innenverhältnis	54
a) Bindungswirkung und Rang des völkerrechtlichen Vertrags	54
b) Zweck des Zustimmungsverfahrens mit Bezug auf die völkerrechtliche Bindungswirkung	56
B. Vorbehalt und Kündigung als einseitige Maßnahmen bei völkerrechtlichen Verträgen	58
I. Einlegen eines Vorbehalts zu einem völkerrechtlichen Vertrag	58
1. Definition des Vorbehalts	58
2. Inhaltliche Flexibilität völkerrechtlicher Verträge durch Vorbehalte	59
a) Geschichtlicher Hintergrund: Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip	59
b) Heutige Funktionsweise des Vorbehaltssystems der WVK	60
c) Fortwährende Bedeutsamkeit der Zustimmung trotz Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip	61
3. Zulässigkeit von Vorbehalten	62
a) Zeitliche Zulässigkeit von Vorbehalten	62
b) Inhaltliche Zulässigkeit eines Vorbehalts	62
c) Zulässigkeit eines Vorbehalts nur bei bestimmten Verträgen	64
d) Rechtsfolgen eines unzulässigen Vorbehalts	66
4. Form und Vertretung	67
5. Rechtsfolgen eines Vorbehalts im Innenverhältnis	69
II. Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrags	71
1. Vorgaben der WVK	71
a) Möglichkeiten zur Beendigung oder zum Rücktritt	72
b) Verfahrensvorschriften	73
c) Rechtsfolgen	74
2. Vorgaben des GG	74

Viertes Kapitel: Methode der Verfassungsauslegung	77
A. Die juristische Auslegungsmethode	77
I. Keine verbindliche Auslegungsmethode in der deutschen Rechtsordnung	77
II. Grundzüge der klassisch-hermeneutischen Auslegungsmethode	78
III. „Subjektiver“ oder „objektiver“ Ansatz	79
1. Subjektive Methode	79
2. Objektive Methode	81
IV. Anwendung der klassischen Auslegungsmethoden auf die Verfassung?	82
1. Verfassung als Entscheidung	84
2. Verfassung als Rechtsnorm	85
3. Verfassung als Integration	86
4. Verfassung als Gerechtigkeitsordnung	87
5. Auswertung	87
6. Durch das BVerfG verwendete Auslegungsmethode	88
B. Entscheidung und weiteres Verfahren	89
 Fünftes Kapitel: Wortlaut des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	 91
A. Grundsätze der Auslegung nach dem Wortlaut	91
B. Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	92
I. „Ob“ der Beteiligung	93
II. „Wie“ der Beteiligung	95
III. Ergebnis	96
 Sechstes Kapitel: Geschichte des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	 97
A. Grundsätze der historischen Auslegung	97
B. Historische Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	97
I. Rechtsinterne Entwicklung der auswärtigen Gewalt und der Vorgängernormen des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	98
1. Begriffsklärung auswärtige Gewalt und Entwicklung vor 1849	98
a) Definition	98
b) Entwicklung des Konzepts der auswärtigen Gewalt vor 1849	99
2. Vorläufernorm des Art. 59 GG in § 11 Abs. 1, 3 der Reichsverfassung von 1871	101

a) Regelung und Schlussfolgerung für die auswärtige Gewalt	101
b) Mitwirkungsrechte der Legislative im Rahmen einseitiger Akte	102
aa) Kündigung	102
(1) Herrschende Meinung: Keinerlei Beteiligung der Legislative	102
(2) Andere Ansicht: Beteiligung muss erfolgen	104
bb) Vorbehalt	105
(1) Geringe Relevanz von Vorbehalten unter der RV	105
(2) Ursprung des Vorbehalts in den USA	106
cc) Paralleldiskussion: Abänderung völkerrechtlicher Verträge?	106
c) Schlussfolgerung für Art. 11 Abs. 1, 3 RV	107
3. Vorläufernorm des Art. 59 GG in Art. 45 Abs. 1, 3 WRV	107
a) Regelung und Schlussfolgerungen für die auswärtige Gewalt	107
b) Mitwirkungsrechte der Legislative im Rahmen einseitiger Akte	110
aa) Kündigung	110
(1) Herrschende Meinung: Kein Beteiligungsrecht der Legislative	110
(2) Abweichende Ansicht: Beteiligungsrecht bei Kündigung	111
bb) Vorbehalt	111
c) Schlussfolgerung für Art. 45 Abs. 1, 3 WRV	112
4. Ergebnis	112
II. Einfluss der Veränderungen in den jeweiligen Verfassungen von der RV bis zum GG	113
1. Anknüpfung an die Auslegung der Vorgängernorm des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG in der jeweils vorausgehenden Verfassung trotz teilweise bewusster Differenzierung?	113
2. Anknüpfung an alte staatstheoretische Konzepte und die RV trotz Wandel des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative?	114
a) Überkommene staatstheoretische Konzepte und RV: Legislative vertritt den Volkssouverän	114
b) WRV und GG: Unterteilte Staatsgewalt wird durch unterschiedliche Funktionsträger ausgeübt	116

c) Zwischenergebnis	118
3. Ergebnis	118
III. Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG mit Hilfe der Gesetzgebungsmaterialien	119
1. Der Entwurf des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee (HChE) und die Diskussionen des Parlamentarischen Rats	119
a) Relevante Normen im HChE	119
b) Entwicklung der einzelnen Normen und Diskussion . .	120
aa) Art. 81 Abs. 2 S. 1 HChE	120
bb) Art. 41 Abs. 1 HChE	122
cc) Art. 101 und 102 HChE	123
dd) Zusammenfassung	124
2. Historische Argumentation bezüglich der Einbeziehung einseitiger Akte in Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	125
IV. Ergebnis	127
 Siebtes Kapitel: Systematik des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	129
A. Vorgehensweise	129
B. Grundsätze und rechtstheoretischer Hintergrund der systematischen Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	129
I. Definition und Funktion der Verfassungsprinzipien	130
1. Verfassungsprinzipien als Prinzipien im Sinne der Prinzipienlehre	131
a) Darstellung	131
b) Kritik	132
2. Verfassungsprinzipien als eigene Kategorie	134
3. Verfassungsprinzipien in der Rechtsprechung des BVerfG .	135
4. Stellungnahme	136
II. Berücksichtigung der Verfassungsprinzipien bei der Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	136
C. Rolle der Legislative nach dem GG im Innenverhältnis	137
I. Einfluss der demokratischen Legitimation auf die Rolle der Legislative	138
1. Bedeutung der demokratischen Legitimation	139
2. Arten demokratischer Legitimation	141
3. Einfluss der unmittelbaren demokratischen Legitimation auf die Rolle der Legislative bzw. des Bundestags	142
II. Bedeutung des Gesetzes als Handlungsinstrument	145

1. Bloße Selbstbindung des Gesetzgebers: Vorrang des Gesetzes und Diskontinuitätsgrundsatz	145
a) Vorrang des Gesetzes	145
b) Diskontinuitätsgrundsatz	147
2. Föderalismusgedanke	148
3. Zwingender Aufgabenbereich der Legislative	148
a) Zwingendes Tätigwerden der Legislative nur bei Eingriff in Freiheit und Eigentum (Eingriffsvorbehalt)	149
aa) Darstellung und Folgen	149
bb) Kritik	150
b) Zwingendes Tätigwerden der Legislative nur im Rahmen der expliziten Gesetzesvorbehalte des GG . . .	150
aa) Darstellung und Folgen	150
bb) Kritik	151
c) Zwingendes Tätigwerden der Legislative bei allen nicht explizit anderen Organen zugeordneten Fragen (Totalvorbehalt)	152
aa) Darstellung und Folgen	152
bb) Kritik	153
d) Zwingendes Tätigwerden der Legislative bei wesentlichen Angelegenheiten (Wesentlichkeitstheorie)	154
aa) Grundlegende Argumentation	154
bb) Gesetzesvorbehalt und Parlamentsvorbehalt	156
cc) Definition der Wesentlichkeit	158
dd) Kritik	160
e) Fazit	162
III. Verhältnis der Legislative zur Exekutive im Innern – Einfluss der Gewaltenteilung	163
1. Erste Funktion der Gewaltenteilung: Sicherung der Pluralität von Gewaltenträgern	164
2. Zweite Funktion der Gewaltenteilung: Umsetzung des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips	165
3. Dritte Funktion der Gewaltenteilung: Gegenseitige Mäßigung und Kontrolle	165
a) Darstellung und Schlussfolgerung	165
b) Zweifel an der Kontrollfunktion des Bundestags gegenüber der Regierung	168
c) Kritik an der Funktion gegenseitiger Mäßigung und Kontrolle	170
4. Vierte Funktion der Gewaltenteilung: Funktionsadäquanz	171

a) Grundlegender Gedanke	171
b) Definition der Kernbereiche	173
c) Neuere Entwicklung der Rechtsprechung des BVerfG	175
d) Schlussfolgerungen für die Rolle der Legislative	177
e) Kritik	177
aa) Generelle Kritik am Ansatz der Funktionenlehre	177
bb) Kritik an der Zuordnung der einzelnen Funktionen bzw. der Kernbereiche	178
cc) Fazit	180
5. Fünfte Funktion der Gewaltenteilung: Selbstbestimmung	180
a) Darstellung und Schlussfolgerung	180
b) Kritik	183
6. Fazit zum Verhältnis der Exekutive zur Legislative im Innern	183
IV. Zusammenfassung zur Rolle der Legislative im Innern	184
D. Rolle der Legislative im Bereich auswärtiger Gewalt – Möglichkeit einer erweiternden Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	185
I. Ansicht des BVerfG	186
1. Organkompetenz	186
a) Grundsatz: Auswärtige Gewalt ist Kernbereich der Exekutive	186
b) Widersprüchliche Aussagen in neueren Entscheidungen	188
c) Einfluss des Parlamentsvorbehalts aus der Wehrverfassung	190
d) Welche sind die von Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG „genannten Fälle“? – Reichweite der Beteiligungs- rechte der Legislative	192
aa) Darstellung der Rechtsprechung	192
bb) Bewertung	195
2. Verbandskompetenz	195
a) Bedeutsamkeit des Integrationsprogramms	196
aa) Urteile zum Vertrag von Maastricht und zum Vertrag von Lissabon	196
bb) Urteile zur Griechenland-Hilfe und zum europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): Beteiligung Bundestag auch bei Maßnahmen innerhalb des Integrationsprogramms	197

b) Bedeutsamkeit der öffentlichen Diskussion auch im auswärtigen Bereich	199
c) Anwendung der Urteile auf alle internationalen Einrichtungen bzw. völkerrechtlichen Verträge	200
d) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den Urteilen zur Organkompetenz	201
aa) Argumentation mit dem Demokratieprinzip	201
bb) Unterschiedlich starke Stellung des Parlaments bei Organkompetenzkonflikt und Verbands- kompetenzkonflikt	202
cc) Subjektive und objektive Bestimmung des Integrations-/Ermächtigungsrahmens	202
dd) Unterschiedliche Ansicht zur Fähigkeit des Parlaments zu schnellem und geheimen Handeln	203
3. Fazit zur Rechtsprechung des BVerfG	204
II. Ansicht und Argumente in der Literatur	205
1. Keine erweiternde Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG wegen beherrschender Stellung der Exekutive im Bereich auswärtiger Gewalt	205
a) Funktion der Legislative als bloße Kontrollinstanz	207
b) Keine stärkere Stellung aus dem Demokratieprinzip	208
c) Funktionenlehre als Argument gegen eine bedeutende Stellung der Legislative	209
2. Erweiternde Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG möglich wegen Verfügung zur gesamten Hand von Exekutive und Legislative im Bereich auswärtiger Gewalt	210
a) Argumentation mit Bezug auf die Rechtsprechung des BVerfG	211
b) Bedeutende Stellung der Legislative im Bereich auswärtiger Gewalt	213
c) Schlussfolgerungen aus dem Demokratieprinzip	216
d) Argumente aus dem Bereich der Funktionenlehre	217
3. Fazit	219
III. Rolle der Legislative im Außenverhältnis und erweiternde Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG: Übertragung und Abwägung der im Innenverhältnis geltenden Grundsätze	219
1. Grundkonzept: Gleichlauf von Innen- und Außenverhältnis	221
2. Grundrechtsgeltung im Bereich völkerrechtlicher Verträge	222

a) Rechtsprechung des BVerfG	223
b) Literaturansicht	225
c) Fazit	228
d) Bedeutung für die Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	229
aa) Grundrechtsschutz bei Vorbehalten	229
bb) Grundrechtsschutz bei Kündigung	230
cc) Fazit	231
3. Anwendung der Wesentlichkeitstheorie auch im Bereich völkerrechtlicher Verträge	231
a) Rechtsprechung des BVerfG	231
b) Ansicht in der Literatur	232
aa) Anwendung der Wesentlichkeitstheorie im Bereich gesetzesinhaltlicher Verträge	232
bb) Anwendung der Wesentlichkeitstheorie auf den gesamten Bereich der auswärtigen Gewalt	236
cc) Keine Anwendung der Wesentlichkeitstheorie, sondern lediglich des Eingriffsvorbehalts	237
dd) Fazit zum Meinungsstreit	237
d) Nebeneffekt: Auswirkungen auf politische Verträge	241
e) Bedeutung für die Auslegung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	243
4. Anwendung von typischen Verfahrensweisen und Grundsätzen in Bezug auf ein Gesetz	245
a) Anwendung des Art. 76 Abs. 1 GG auch bei völker- rechtlichen Verträgen	246
b) Anwendung des Diskontinuitätsgrundsatzes auch bei völkerrechtlichen Verträgen	249
aa) Ansicht des BVerfG und der Literatur im Bereich des Streits zum Treaty Override	249
bb) Relevanz der Diskussion in den vorliegenden Konstellationen	251
cc) Ausnahme: Diskontinuitätsgrundsatz im Fall von Hoheitsrechtsübertragung	252
dd) Fazit	254
c) Anwendung des Vorrangs des Gesetzes auch im Außenverhältnis	254
d) Berücksichtigung des Föderalismusgedankens auch im Außenverhältnis	257

5. Anwendung des Gewaltenteilungsprinzips im Außenverhältnis	258
a) Unhaltbarkeit des Kernbereichsmodells im Bereich des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	258
b) Anwendbarkeit der Funktionenlehre	260
aa) Argumente für ein Tätigwerden der Legislative	261
bb) Argumente für ein Tätigwerden der Exekutive	263
cc) Schlussfolgerungen aus den genannten Argumenten in Bezug auf völkerrechtliche Verträge	266
c) Argumente aus dem Bereich der Kontrollfunktion der Gewaltenteilung	269
6. Schlussfolgerung	270
E. Fallkonstellationen: Beteiligung der Legislative bei Vorbehalt und Kündigung	271
I. Fallkonstellationen rund um den Vorbehalt	272
1. Zustimmungsrechte	272
a) Einlegung eines Vorbehalts vor Ratifikation durch die Regierung	272
aa) Argumente aus dem Bereich der Wesentlichkeitstheorie	272
bb) Argumente aus dem Bereich des Grundrechtsschutzes und des Föderalismusgedankens	275
cc) Argumente aus dem Vorrang des Gesetzes	275
dd) Argumente aus dem Gewaltenteilungsprinzip	276
ee) Fazit	277
b) Einlegung eines Vorbehalts nach Ratifikation durch die Regierung	277
c) Nichtausübung/Rücknahme eines im Zustimmungsgesetz vorgesehenen Vorbehalts durch die Regierung	278
d) Reaktion der Regierung auf durch einen anderen Staat eingelegten Vorbehalt	280
e) Ablehnung eines Vorbehalts durch den Vertragspartner	282
2. Initiativrechte	283
a) Initiativrecht der Legislative zur Einlegung eines Vorbehalts vor Ratifikation	283
aa) Anwendung des Art. 76 Abs. 1 GG	283
bb) Föderalismusgedanke	284
cc) Grundrechtsschutz	284
dd) Vorrang des Gesetzes	284
ee) Gewaltenteilung	284

ff) Fazit	288
b) Initiativrecht der Legislative zur Einlegung eines Vorbehalts nach Ratifikation	288
aa) Diskontinuitätsprinzip	288
bb) Grundrechtsschutz, Föderalismusgedanke und Vorrang des Gesetzes	290
cc) Gewaltenteilung	290
dd) Fazit	293
c) Initiativrecht der Legislative zum Verzicht auf einen Vorbehalt	293
d) Zwang der Exekutive zu einer bestimmten Reaktion auf den von einem Vertragspartner eingelegten Vorbehalt	296
e) Initiativrecht gegenüber der Exekutive zur Rücknahme eines Vorbehalts	296
II. Kündigung	297
1. Zustimmungsrecht zur Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrags	297
a) Vorrang des Gesetzes	297
b) Wesentlichkeitstheorie	299
c) Grundrechtsschutz und Föderalismusgedanke	302
d) Gewaltenteilungsprinzip	302
e) Fazit	304
2. Initiativrecht zur Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrags	304
a) Diskontinuitätsgrundsatz	304
b) Grundrechte	305
c) Föderalismusgedanke	305
d) Vorrang des Gesetzes	305
e) Gewaltenteilungsprinzip	306
f) Fazit	307
3. Initiativrecht zum Verzicht auf die Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrags	307
III. Beteiligung durch schlichten Parlamentsbeschluss oder durch Gesetz?	308
1. Der schlichte Parlamentsbeschluss	309
2. Anknüpfungspunkte in Bezug auf die Art der Beteiligung	310
3. Fazit	312

Achtes Kapitel: Teleologie des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	313
A. Grundsätze der teleologischen Auslegung	313
B. Bisher festgestellter historischer Zweck des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	313
C. Weitergehender Zweck des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG wegen der verstärkten Öffnung des deutschen Staates nach außen?	315
I. Stärkung der demokratischen Legitimation auf Ebene internationaler Organisationen durch Ausdehnung der Beteiligung der nationalen Legislative?	315
II. Wahrung der Entscheidungsfreiheit der Legislative auch gegenüber internationalen Organisationen?	318
III. Hineindeutung einer erweiternden Zweckrichtung in Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	320
1. Strenge subjektiv-teleologische Methode	320
2. Moderne subjektiv-teleologische Methode	322
3. Objektiv-teleologische Methode	325
IV. Fazit	326
1. Ablehnung einer strengen Auslegung der subjektiven Theorie	326
2. Ergebnis für Vorbehalt und Kündigung	327
Neuntes Kapitel: Zusammenfassung	329
A. Aufbau der Arbeit	329
B. Erstes Kapitel: Einleitung	330
C. Zweites Kapitel: Globalisierung und Demokratie	330
D. Drittes Kapitel: Grundlegende Fakten zu völkerrechtlichen Verträgen	331
E. Viertes Kapitel: Methode der Verfassungsauslegung	332
F. Fünftes Kapitel: Wortlaut des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	332
G. Sechstes Kapitel: Geschichte des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	333
H. Siebtes Kapitel: Systematik des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	334
I. Die Rolle der Legislative im Innenverhältnis	334
II. Die Rolle der Legislative im Außenverhältnis nach Rechtsprechung und Literatur	336
III. Anwendung der im Innenverhältnis geltenden Grundsätze auf das Außenverhältnis	337

IV. Ergebnisse für die Fallkonstellationen bezüglich Vorbehalt und Kündigung	340
I. Achstes Kapitel: Teleologie des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG	342
Literaturverzeichnis	345
Sachregister	363